Gymnasium des Distriktes und eine Stelle für ihre Tochter im Haushalt eines Ausländers oder einer neureichen Familie in Phnom Penh. Und als Zeichen ihrer Erwartung und Hingabe warfen sie mit dem Wahlzettel auch ihre Wahlausweise in die Urne.

Die fragwürdige **UNTAC-Mission**

UNTAC-Beauftragter Akashi und sein militärischer Kollege, General Sanderson, feiern die hohe Wahlbeteiligung als Erfolg und Rechtfertigung der gesamten Mission der Vereinten Nationen in Kambodscha, die zunehmend unter Kritik gerät. Die bisherigen Ausgaben von etwa 2,5 Milliarden US\$ (die BRD hat zugesagt, neun Prozent der Kosten zu übernehmen) übersteigen um ein Vielfaches den nationalen Haushalt. Der administrative und persönliche Aufwand der Vereinten Nationen in Kambodscha steht in keinem Verhältnis zur Infrastruktur des Landes, ganz abgesehen vom kolonialen Verhalten des UNTAC-Personals.

Im Vergleich zu der gescheiterten Entwaffnung aller Parteien und der nicht erreichten Schaffung einer neutralen und positiven Atmosphäre für einen Demokratisierungsprozeß zählt die organisatorische Durchführung der Wahlen neben der Rückführung der Flüchtlinge aus den Lagern in Thailand sicherlich zur positiveren Seite des UNO-Unternehmens. Aber umsichtige Kritiker, wie Prof. Austin aus Zimbabwe, zuständig für die Durchführung der Wahlen, versuchen die

Euphorie zu bremsen. Denn noch ist keineswegs sicher, ob die unterlegenen Parteien nicht doch noch ihre Waffen einsetzen werden, um ihr Ergebnis an der Wahlurne mit Gewalt zu "verbessern". Und der Prozeß von der jetzt gewählten 120köpfigen verfassunggebenden Versammlung über die Delegation für eine Nationalversammlung bis zur Bildung einer funktionsfähigen Regierung ist ein langwieriger Weg, zumal das Land keine demokratische Tradition kennt und die Erwartung der Bevölkerung an eine neue Regierung unermeßlich hoch ist.

Heinz Kotte

Der Verfasser ist z. Zt. Koordinator der Journalisteninitiative Mediawatch bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Köln.

NACHRICHTEN

KAMBODSCHA

FUNCINPEC: Fast 50 Tote im Wahlkampf

Bis Ende April seien 48 Mitglieder der Funcinpec ermordet und Hunderte verletzt worden, nachdem die Partei Büros in den vom Regime in Phnom Penh kontrollierten Gebieten eröffnet habe. Dies geht aus einer Erklärung von Funcinpec-Chef Prinz Ranariddh hervor, in der er der Regierung um Hun Sen massive Behinderungen seiner Partei vorwarf. Am 26.4. sei er vom Regime auf dem Flughafen aufgehalten worden, um seine Teilnahme am Wahlkampf in der Provinz zu verhindern. Bereits vorher hatte die Funcinpec die Behörden bezichtigt, Morde an Oppositionellen zu organisieren. Regierungssoldaten hätten teilweise in Anwesenheit von UNTAC-Parteibüros Angehörigen überfallen; die Bevölkerung sei am Besuch von Wahlveranstaltungen gehindert worden.

UNTAC-Vertreter mara bestätigte Ende Mai die Vorwürfe gegen Phnom Penh: In ca. der Hälfte der Fälle gebe es Beweise über die Verwicklung des Regimes oder der

Armee.

Die BDLP, die Partei um Son Sann, ist ein weiteres Ziel von Anschlägen. Anfang April beklagte sie 27 Tote und 11 Verwundete.

vgl. MD 30.4.; Sunday Post 18.4.; BP Weekly 28.5.; Le Monde 27.3.

Vietnamesische Siedler fliehen

Seit Beginn der UN-Mission in Kambodscha sind mehr als 80 Vietnamesen erschossen, erschlagen oder durch Granaten getötet worden. Über die Hälfte davon kamen seit März '93 ums Leben, was bereits 20.000 Vietnamesen zur Flucht aus dem Land veranlaßt hat. Nach einem Massaker an 33 vietnamesischen Fischern hat auch Sihanouk die Vietnamesen zur Rückkehr nach Vietnam aufgerufen, weil ihre Sicherheit weder von der UN-TAC noch von Phnom Penh sichergestellt werden könne. Keine der Parteien hat die Tötung von Vietnamesen verurteilt. Hun Sen bezeichnete es als "politischen Selbstmord", als Beschützer der Vietnamesen aufzutreten. Während die UNTAC die Khmer Rouge für viele Anauf Vietnamesen schläge verantwortlich macht, scheint es laut UNTAC-Sprecher Eric Falt der Wille der Kambodschaner zu sein, daß die Vietnamesen das Land verlassen.

vgl. The Nation 27.4.; FEER 15.4.; Newsweek 19.4.; taz 16.3./31.3.

Repatrilerung abgeschlossen

Am 30.3. wurde das letzte von sieben Flüchtlingslagern in Thailand geschlossen. Bis Ende April sollten die letzten der etwa 370.000 kambodschanischen Flüchtlinge in ihr Land zurückgekehrt sein. Das Repatriierungsprogramm wurde unter Leitung des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) Ende März '92 begonnen. Nachdem im ersten Monat nur 5.000 Menschen zur Rückkehr bewegt werden

konnten, entschloß sich das UNHCR, Geldprämien anzubieten: 50 US-Dollar für Erwachsene, 25 US-Dollar für Kinder. Von 330.000 Flüchtlingen, die bis zum 19.3. zurückkehrten, hatten 87 Prozent die Geldprämie in Anspruch genommen. Der UN-Verantwortliche Sergio de Mello unterstrich die schnelle Umsetzung des Programms trotz vieler Befürchtungen. Er hob hervor, daß nur ein Rückkehrer ums Leben gekommen sei, und zwar durch einen Verkehrsunfall.

vgl. FEER 1.4.; The Nation 31.3.

Sihanouk-Plan zur Rettung Kambodschas

In einer Erklärung am 1.3. stellte Sihanouk klar, daß er trotz seines Planes, der Bildung einer provisorischen Regierung der nationalen Versöhnung unter Beteiligung der vier Fraktionen, die Ergebnisse der UNTAC-Wahl anerkennen wolle. Ihm gehe es um die Beendigung der faktischen Teilung des Landes in eine Khmer Rouge-Zone und das übrige Kambodscha sowie die Beendigung bewaffneter Konfrontationen. Deshalb wolle er die Khmer Rouge auch in die Regierung einbeziehen. Während der Durchführung der UNTAC-Wahl rückte Sihanouk offiziell von seinem Vorschlag einer Vier-Parteien-Regierung unter Einbeziehung der Khmer Rouge ab. Die Frage solle von der Mehrheitspartei der neuen Nationalversammlung entschieden wer-

vgl. taz 28.5.93

Kurzmeldungen

31.12.1992 Vom Mitte Februar '93 wurden 46 Verstöße gegen das von der UNO verhängte Verbot des Tropenholzexportes festgestellt: 42 durch das Hun Sen-Regime. (Business Times 16.3.)

Khmer Rouge-Führer Pol Pot übte Selbstkritik. In einer internen Mitteilung, von März 1993 gab er zu, die Khmer Rouge seien während ihrer Herrschaft in den 70er Jahren "unreif und unfähig gewesen, ein ganzes Land zu regieren". (FEER 10.6.)

Außenminister Hor Nam Hong kündigte nach einem Wahlsieg die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes an. (SZ 13.5.)

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte, China wolle nationale Versöhnung in Kambodscha und werde keine Partei in einem Bürgerkrieg unterstützen. (IHT 23.4.)

Am 17. und 29. Mai

kündigten die KI Rouge im Radio Khmer ihre "volle, bedingungslose und unerschütterliche" Unterstützung für die Bildung einer "provisorischen Vierparteien-Regierung der nationalen Versöhnung mit Prinz Sihanouk als Staatsoberhaupt und Premierminister" an und riefen zu einer "nationalen Versöhnungsarmee auf. (FEER 10.6.93)